

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Saarland wehrhaft machen – Drohnenabwehr konsequent aufbauen,
hybride Bedrohungen offen benennen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Sicherheitslage in Deutschland und Europa hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Spätestens seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erleben wir eine neue Qualität hybrider Bedrohungen. Dazu gehören gezielte Cyberangriffe, Sabotageakte an kritischer Infrastruktur, Desinformationskampagnen – und in zunehmendem Maße der Einsatz von Drohnen zu Spionage-, Stör- oder Sabotagezwecken. Diese Angriffe sind keine zufälligen Zwischenfälle, sondern Ausdruck einer gezielten Strategie, die darauf abzielt, Unsicherheit zu stiften, Vertrauen in staatliche Strukturen zu schwächen und die Wehrhaftigkeit demokratischer Gesellschaften zu testen.

Auch im Saarland liegen Informationen über verdächtige Drohnenüberflüge über militärischen Anlagen, Rüstungsbetrieben und Einrichtungen kritischer Infrastruktur vor. Das Innenministerium hat diese Vorfälle bestätigt, verweigert aber nähere Angaben unter Hinweis auf Geheimhaltung. Dieses Vorgehen schadet dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates. Eine demokratische Sicherheitsstrategie darf nicht auf Verschweigen, sondern muss auf Aufklärung, Prävention und Transparenz setzen.

Während andere Länder – etwa Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen – bereits Maßnahmen zur Drohnenabwehr getroffen und die Öffentlichkeit aktiv einbezogen haben, bleibt das Saarland bislang ohne Konzept. In Rheinland-Pfalz wurden allein im Jahr 2025 mehr als 260 verdächtige Drohnenüberflüge erfasst. Schleswig-Holstein hat eine eigene Drohnenabweereinheit bei der Landespolizei aufgebaut und prüft die Einrichtung eines Zentrums für hybride Bedrohungen. Nordrhein-Westfalen hat die Thematik in

einer Aktuellen Stunde des Landtages aufgegriffen und die rechtlichen Zuständigkeiten überprüft.

Das Saarland darf sich hier nicht wegducken. Gerade als Grenzregion und Industriestandort mit bedeutenden Energie-, Chemie- und Rüstungsanlagen trägt es besondere Verantwortung. Drohnen können in Sekundenbruchteilen Informationen über sensible Standorte gewinnen, Kommunikationsnetze stören oder gezielte Sabotageakte vorbereiten. Diese Gefahr betrifft Wirtschaft und Bevölkerung gleichermaßen.

Die CDU Deutschlands hat in ihrer „Berliner Erklärung“ vom 20. Oktober 2025 betont, dass hybride Angriffe eine ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit darstellen. Innere und äußere Sicherheit lassen sich heute nicht mehr trennen. Das gilt auch für das Saarland. Eine wirksame Drohnenabwehr ist daher Bestandteil einer modernen Sicherheitsarchitektur.

Sicherheitsvorsorge beginnt mit Offenheit und endet mit Entschlossenheit. Das Saarland muss in der Lage sein, Gefahren frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und abzuwehren. Dazu gehören eine ehrliche Lageanalyse, klare Zuständigkeiten, moderne Technik und eine abgestimmte Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Wer in Zeiten wachsender Bedrohungslagen schweigt, schafft keine Sicherheit – er schwächt sie. Das Saarland muss den Anschluss an eine technologisch fundierte und übergreifend koordinierte Drohnenabwehr schaffen.

Der Landtag des Saarlandes fordert daher die Landesregierung auf:

1. umgehend ein umfassendes Konzept zur Drohnenabwehr im Saarland vorzulegen. Dieses Konzept soll insbesondere enthalten:
 - eine aktuelle Gefährdungsanalyse für militärische, industrielle und infrastrukturelle Einrichtungen,
 - eine Bestandsaufnahme der Ausrüstung und Ausbildung der Landespolizei,
 - eine Darstellung geplanter technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Detektion, Verifikation und Abwehr,
 - Vorschläge zur Verzahnung mit Bundes- und Nachbarländern einschließlich gemeinsamer Übungen und Amtshilfe.
2. dem Ausschuss für Inneres, Bauen und Sport regelmäßig Lageberichte über erkannte und abgewehrte Drohnenüberflüge vorzulegen, soweit erforderlich in nichtöffentlicher Form.

3. eine Landeskoordinationsstelle Drohnenabwehr einzurichten, die als Schnittstelle zwischen Landespolizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr, Bundespolizei und Betreibern kritischer Infrastrukturen fungiert. Diese soll im Ernstfall ein Echtzeitlagebild erzeugen und unmittelbare Reaktionsmaßnahmen ermöglichen.
4. die landesrechtlichen Grundlagen polizeilicher Eingriffsbefugnisse zu überprüfen und sich auf Bundesebene für eine Anpassung des Luftsicherheitsgesetzes einzusetzen, um die Amtshilfe der Bundeswehr bei militärisch relevanten Drohnenlagen zu ermöglichen.
5. in den kommenden Haushalten ausreichende Mittel für Ausbildung, Ausrüstung und Forschung im Bereich Drohrendetektion und -abwehr bereitzustellen, insbesondere in Kooperation mit saarländischen Hochschulen und Unternehmen.
6. eine aktive Öffentlichkeitsstrategie zu entwickeln, die Bevölkerung und Betreiber kritischer Infrastrukturen für die Bedrohung sensibilisiert und strukturierte Meldeverfahren etabliert.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.